

**Zeitschrift:** Schweizer Soldat : die führende Militärzeitschrift der Schweiz  
**Herausgeber:** Verlagsgenossenschaft Schweizer Soldat  
**Band:** 86 (2011)  
**Heft:** 1

**Vorwort:** Vertrauen verloren  
**Autor:** Forster, Peter

### **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

### **Conditions d'utilisation**

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

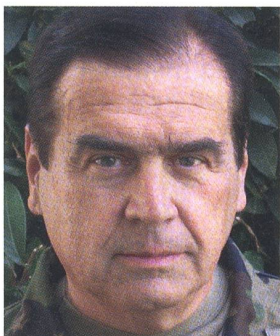
### **Terms of use**

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

**Download PDF:** 21.12.2024

**ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>**

## Vertrauen verloren



Eines vorweg: Wir sind alle dankbar, dass die Libyen-Affäre ein gutes Ende nahm. Der Diktator Gaddafi liess Max Göldi und Rachid Hamdami frei, die er gegen jedes Recht als Geiseln genommen hatte. Die bulgarischen Krankenschwestern hatten in Gaddafis Kerker länger geschmort.

Was nun aber die ständerätliche Untersuchung zu Libyen ergibt, das entzieht dem Bundesrat jegliches Vertrauen. Was die Ständeräte Briner und Janiak am 3. Dezember 2010 ausbreiteten, ist ein vernichtendes Urteil zum Verhalten des Bundesrates. Das 98-seitige Dokument zeigt:

- den Bundespräsidenten von 2009 in schlechtem Licht: Hans-Rudolf Merz flog nach Tripolis, ohne seine Kollegen informiert zu haben. Er machte den Kniefall, entschuldigte sich bei Gaddafi und unterschrieb einen unterwürfigen Vertrag, für den er keine Vollmacht besass;
- die unsägliche Blamage, als die Geiseln trotz des Vertrages gefangen blieben;
- die Aussenministerin, die ihre Befugnisse immer wieder grob überschritt. Micheline Calmy-Rey liess Exfiltrationspläne ausarbeiten, ohne das Kollegium zu unterrichten. Offenbar traute sie dem Bundesrat nicht zu, das Geheimnis zu wahren;
- die Bundespräsidentin von 2010, die im Frühjahr Freund und Feind verwirrte, als sie öffentlich von «Befreiungsaktionen» und einem «Einsatzbefehl» sprach. Doris Leuthard weiss offensichtlich nicht, was ein Einsatzbefehl ist.

Ständerat Briner beanstandete zu Recht die vielen Indiskretionen, die das Klima in Bern immer

wieder vergiftet hatten: «Angesichts der gelebten Enthüllungskultur hat Wikileaks in der Schweiz kein grosses Marktpotenzial.»

Was sollen wir von einem Kollegium noch halten, das in einer letztlich doch überschaubaren Krise derart zerstritten handelte, das gegenüber einem Despoten versagte und das die Schweiz der Lächerlichkeit anheimgab?

In Sachen Sicherheit hat der Bundesrat in seiner alten Besetzung die Glaubwürdigkeit verloren. Es ist dieselbe Behörde, die schon im November 2008 den unglückseligen Entscheid traf, die Armee sei auf 80 000 Mann abzubauen und das Armeebudget auf vier Milliarden zu plafonieren.

Es ist – mit Nuancen – derselbe Bundesrat, der dem neuen VBS-Chef Maurer am 25. September 2010 den unannehmbaren Armeebericht aufzwang, der dann am 1. Oktober in der Miliz – und gewiss auch im Berufskorps – massiven Widerstand auslöste.

Mindestens in der Sicherheit, einer Säule der Schweizer Wohlfahrt, ist mit diesem Bundesrat kein Staat mehr zu machen. Die Wahlen vom 12. Oktober mögen das Gewicht wieder zugunsten der Sicherheit verschoben haben. Aber die 6:1-Mehrheit des alten Kollegiums ist durch die Wahl der Berner Schneider-Ammann und Sommaruga noch nicht gebrochen.

Die Hoffnung liegt jetzt auf dem Parlament, das dem Bundesrat in den Arm fallen muss. So liederlich, wie die Bundesratsmehrheit mit der Sicherheit der Schweiz umgeht, kann es nicht weitergehen. Dem Stände- und dem Nationalrat ist zuzutrauen, dass sie die dringend notwendigen Korrekturen noch anbringen.

Sonst bliebe dann nur noch der Griff zur schwersten Waffe: zu den Volksrechten.

*Forster*

Peter Forster, Chefredaktor